



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 11. März 2015  
(OR. fr)

6926/15

TU 7

#### I/A-PUNKT-VERMERK

---

Absender: Generalsekretariat des Rates  
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil)/Rat  
vom 11. März 2015  
Betr.: Beziehungen zu Tunesien  
– Festlegung des Standpunkts der Europäischen Union für die elfte  
Tagung des Assoziationsrates (Brüssel, 17. März 2015)

---

1. Im Hinblick auf die elfte Tagung des Assoziationsrates EU-Tunesien am 17. März 2015 hat die Gruppe "Maschrik/Maghreb" den Entwurf einer Erklärung der Europäischen Union (Anlage I) sowie den Entwurf der Tagesordnung (Anlage II) erstellt.
2. Der Rat wird vorbehaltlich der Bestätigung durch den AStV ersucht, den Entwurf der Erklärung der EU und den Entwurf der Tagesordnung in ihrer in den Anlagen I und II enthaltenen Fassung auf seiner nächsten Tagung als A-Punkt der Tagesordnung anzunehmen.

**ELFTE TAGUNG DES  
ASSOZIATIONSRATES EU-TUNESIEN  
(Brüssel, den 17. März 2015)**

*Entwurf einer*

**Erklärung der Europäischen Union**

1. Die Europäische Union (EU) beglückwünscht die Tunesierinnen und Tunesier zum Erfolg eines freien, glaubwürdigen, inklusiven und transparenten Wahlverfahrens innerhalb der durch die neue Verfassung gesetzten Frist, mit dem zwischen Oktober und Dezember 2014 die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt wurden.

Sie sind das Ergebnis der Entscheidung der tunesischen Regierung sowie des Verantwortungsbewusstseins der gesamten politischen Klasse, der Entschlossenheit der Zivilgesellschaft und insbesondere des Willens des tunesischen Volkes. Die EU begrüßt vor allem die hervorragende Arbeit der unabhängigen obersten Wahlinstanz, der es gelungen ist, die gute Organisation der drei Wahlgänge auf transparente und unparteiische Weise zu garantieren. Der Übergangsprozess in Tunesien ist ein Zeichen der Hoffnung für alle Völker, die – insbesondere in der Region – für Frieden und Demokratie eintreten.

2. Die EU wünscht dem neuen Präsidenten der Republik, Bédi Caïd Essebsi, und dem neuen Regierungschef, Habib Essid, mitsamt seinem Team viel Erfolg bei ihren Bemühungen, die zahlreichen Herausforderungen, mit denen Tunesien konfrontiert ist, insbesondere die Konsolidierung der demokratischen Errungenschaften, die Gewährleistung der Sicherheit aller Tunesier und die Durchführung der für das Land nötigen sozioökonomischen Reformen, zu bewältigen.
3. Unter diesen Herausforderungen kommt der Umsetzung der neuen Verfassung, in der die Grundrechte und -freiheiten und die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger verankert sind, die größte Bedeutung zu.

4. Auch im Jahr 2014 war die sozioökonomische Lage weiterhin schwierig. Die niedrige Wachstumsrate stellt in Verbindung mit einem Haushaltsdefizit und Leistungsbilanzdefizit das dringendste Problem für die tunesische Wirtschaft dar. Dazu kommen eine noch immer hohe Arbeitslosenquote insbesondere bei jungen Menschen, die sozialen und regionalen Ungleichheiten, soziale Spannungen im Land, abnehmende ausländische Direktinvestitionen und ein schwacher Bankensektor.
5. Vor diesem Hintergrund sind die Regierung sowie die wirtschaftlichen und sozialen Kräfte Tunesiens aufgefordert, rasch Wirtschafts-, Sozial- und Finanzreformen zur Entwicklung des Landes und zur Fortsetzung des Übergangs zur Demokratie einzuleiten.
6. Tunesien sieht sich darüber hinaus mit den Folgen der Krise in Libyen konfrontiert; die EU begrüßt die Anstrengungen der tunesischen Behörden zur Aufnahme Hunderttausender Libyer, die ihr Land verlassen mussten, und ihr Bemühen um eine politische Lösung dieser Krise.
7. Tunesien steht außerdem vor großen sicherheitspolitischen Herausforderungen, insbesondere aufgrund der Bedrohung durch Terroristen vor allem in den Grenzregionen zu Libyen und Algerien.
8. Die EU ist überzeugt, dass die bisherige Bereitschaft zu einem inklusiven und verantwortungsvollen Dialog das Land bei der Konsolidierung des Wandels auch weiterhin begleiten wird.

### ***Die privilegierte Partnerschaft zur Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Tunesien***

#### **Politische Dimension**

9. Die EU hat den von den Tunesiern eingeleiteten Prozess des Wandels seit 2011 unterstützt und möchte nun ihre Beziehungen zu Tunesien und ihren Austausch mit dem Land in allen Bereichen – Politik, Kultur, Kontakte zwischen den Menschen, Wirtschaft und Gesellschaft sowie Handel – vertiefen. Im Kontext der demokratischen Fortschritte Tunesiens und des Wunsches der EU nach Überarbeitung ihrer Nachbarschaftspolitik, um diese Politik besser an die Bedürfnisse ihrer Partner anzupassen, erneuert die EU ihre Zusage zur Festigung einer privilegierten Partnerschaft mit Tunesien. Sie lädt Tunesien ein, zu dem Prozess der Reflexion über diese Überarbeitung beizutragen und an der informellen Ministertagung, die im Hinblick darauf am 13. April in Barcelona stattfinden wird, teilzunehmen. Die Regierung und das tunesische Volk können auf die Unterstützung der EU zählen, wenn es darum geht, die demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen voranzubringen und somit die politischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen Tunesiens zu bewältigen.

10. Das spezifische Angebot der EU an Tunesien, das mit der privilegierten Partnerschaft und dem Aktionsplan 2013-2017 konkretisiert wird, spiegelt den Wunsch der EU wider, partnerschaftlich mit Tunesien zusammenzuarbeiten, wobei den Befindlichkeiten der tunesischen Gesellschaft und Wirtschaft in dieser Zeit des Wandels Rechnung getragen wird.
11. In diesem Rahmen begrüßt die EU die elfte Tagung des Assoziationsrates, mit der der Wunsch nach Vertiefung der privilegierten Partnerschaft durch Intensivierung des politischen Dialogs und die wirksame Bereitstellung aller der EU zur Verfügung stehenden Instrumente durch die EU bestätigt wird.
12. Die EU möchte die vielfältigen Dimensionen dieser Partnerschaft durch vertiefte Beziehungen zur Regierung, aber auch durch einen kontinuierlichen Dialog mit der tunesischen Zivilgesellschaft, einschließlich der Sozialpartner, ansprechen, um weiterhin ihren Beitrag zu den wesentlichen Entscheidungen für die Zukunft des Landes leisten zu können. In dieser Hinsicht begrüßt die EU die Einrichtung des Dreiparteiendialogs zwischen der Regierung, Akteuren der Zivilgesellschaft und Vertretern der EU im Rahmen von Unterausschüssen.
13. Auf politischer Ebene ist die EU bereit, Tunesien bei der Bewältigung wichtiger Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen Verfassung (insbesondere bei der Einrichtung von Verfassungsinstanzen wie dem Obersten Justizrat und dem Verfassungsgericht) zur Seite zu stehen, desgleichen bei der Festlegung von Reformen von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die für die Einhaltung der Bestimmungen der Verfassung – wie das Verbot der Folter, die freie Meinungsäußerung auch im Internet, die Rechte der Frauen, die Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung – erforderlich sind, und bei der Vorbereitung von Kommunal- und Regionalwahlen parallel zum Prozess der Dezentralisierung. In den Sektoren Sicherheit und Justiz sind ebenfalls weitreichende Reformen erforderlich, um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, die Unabhängigkeit der Justiz, das Recht auf ein faires Verfahren und den Erfolg der Kommission für Wahrheit und Würde (*Instance Vérité et Dignité*) für die Übergangsjustiz zu verankern und zugleich die Wirksamkeit der Reformen zu verstärken. Die EU begrüßt die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Tunesien und dem Europarat, die sie politisch und finanziell unterstützt und die die Chance bietet, alle diese Fragen voranzubringen.

14. Seit 2011 ist die Begleitung des Wahlprozesses eine der Prioritäten der EU. In diesem Zusammenhang hat die EU 2014 der unabhängigen obersten Wahlinstanz technische Hilfe geleistet, die Bemühungen der tunesischen Zivilgesellschaft unterstützt und eine Wahlbeobachtungsmission entsandt, die entsprechende Empfehlungen ausgesprochen hat. Die EU ist entschlossen, diese Unterstützung insbesondere im Hinblick auf die anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen fortzusetzen.
15. Die EU möchte ihre Zusammenarbeit mit Tunesien im Sicherheitsbereich verstärken, einschließlich im Bereich des integrierten Grenzmanagements, in dem 2014 ein Vorläuferprogramm der EU zur Förderung der Modernisierung der Arbeitsmethoden und der Zusammenarbeit angenommen worden war. Die EU, die seit 2012 mit den tunesischen Behörden in diesem Bereich einen Dialog führt, ist entschlossen, eine echte Reform des Sicherheitssektors zu unterstützen, die auf den Bestimmungen der neuen Verfassung, in der ein moderner und demokratischer Rechtsstaat verankert ist, beruht. In diesem Zusammenhang ersucht die EU Tunesien, auch die geltenden Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Terrorismus zu reformieren, indem es Rechtsvorschriften erlässt, die mit den demokratischen Errungenschaften im Einklang stehen. Die Unterzeichnung der wichtigsten Übereinkommen der Haager Konferenz würden es Tunesien ermöglichen, die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen mit der EU erheblich zu verbessern.
16. Die EU bekräftigt zudem ihre Unterstützung für die Bemühungen der tunesischen Behörden, die Verantwortlichen für die politischen Morde von 2013 (insbesondere die Morde an Chokri Belaïd et Mohamed Brahmi) vor Gericht zu bringen, damit sie sich für ihre Taten im Rahmen eines fairen Verfahrens verantworten.
17. Aufgrund der Tragweite der mit dem Terrorismus verbundenen Risiken, die eine internationale koordinierte Antwort erfordern, möchte die EU die Zusammenarbeit mit Tunesien und anderen Schlüsselpartnern der Region mittels eines spezifischen Politikdialogs vertiefen und konkrete Projekte ermitteln, mit denen der Terrorismus und seine tieferen Ursachen, insbesondere das Phänomen der ausländischen terroristischen Kämpfer und die Radikalisierung, unter Achtung des Rechtsstaats und der individuellen Grundfreiheiten bekämpft werden können.

## Sozio-ökonomische Dimension

18. Die EU bekräftigt, dass sie die tunesischen Behörden sowie die wirtschaftlichen und sozialen Akteure dabei unterstützt, die erforderlichen sozio-ökonomischen Reformen nach einem dezentralen Konzept und unter Wahrung der Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung durchzuführen.
19. Mit Maßnahmen der EU im Bereich der aktiven sozialen Inklusion werden die Anstrengungen der Regierung gemäß den Prioritäten, die sie für bereits zukunftsfähige Sektoren und potenzielle künftige entwicklungsfähige Sektoren festgelegt hat, begleitet. Die EU ermutigt die tunesischen Behörden, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern Reformen des Arbeitsmarktes und politische Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für die Eingliederung von jungen Menschen und Frauen auf den Weg zu bringen. Der Ausbau der Institutionen im Bereich des Arbeitsmarktes und die Entwicklung des Humankapitals werden eine wirksamere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Armut und der Ungleichheiten ermöglichen.
20. Die EU ermutigt darüber hinaus die neue tunesische Regierung, konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu ergreifen, um das Geschäftsklima (insbesondere die Rechtsvorschriften zu Investitionen) zu verbessern, die Hindernisse für Handel und Investitionen abzubauen, die KMU im gesamten Land zu unterstützen, die Politik der öffentlich-privaten Partnerschaft mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes auszubauen und verstärkt auf öffentliche und private Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zurückzugreifen sowie die industrielle Zusammenarbeit zwischen der EU und Tunesien auszubauen, wie in der Erklärung und dem Arbeitsprogramm für die Industrielle Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Mittelmeerraum im Zeitraum 2014-2016 vereinbart.
21. Die Annäherung und zunehmende Angleichung der tunesischen Rechtsvorschriften an den Besitzstand der Union sollen eine solide Grundlage für die Partnerschaft schaffen. Dies erstreckt sich auf Bereiche der Politik, des Austauschs zwischen Menschen, der Wirtschaft und des Handels.

22. In diesem Zusammenhang bekräftigt die EU nach dem im Juni 2014 erfolgten Abschluss des Vorbereitungsprozesses und mit dem Ziel der Unterstützung der Modernisierung und der Wettbewerbsfähigkeit der tunesischen Wirtschaft ihren Wunsch, Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss eines umfassenden und vertieften Freihandelsabkommens aufzunehmen. Dieses globale Abkommen, das auf eine wirtschaftliche Annäherung durch die fortschreitende Integration der tunesischen Wirtschaft in den europäischen Binnenmarkt abzielt, wird das von Tunesien gewählte Wirtschaftsmodell nach einem inklusiven Ansatz unterstützen, mit dem die Zivilgesellschaft vollständig einbezogen wird und die Modalitäten und der an seine Wirtschaft angepasste Rhythmus festgelegt werden. Die EU ist außerdem bereit, Tunesien im Verhandlungsprozess und bei der Umsetzung des künftigen Abkommens zur Seite zu stehen, damit die tunesische Wirtschaft daraus den größtmöglichen Nutzen ziehen kann.
23. Der außerordentliche Beschluss der EU, 2015 die monatlichen Quoten für tunesisches Olivenöl zur Erleichterung der Ausfuhren nach einer hervorragenden Ernte neu festzusetzen, zeugt von der Absicht der EU, Tunesien alle Aspekte dieser Partnerschaft zugutekommen zu lassen.
24. Die EU bekräftigt ihre Absicht, die Verhandlungen im Bereich Luftverkehr, insbesondere mit Blick auf das Abkommen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum über Luftverkehrsdienste, und die Vorbereitungen für ein Abkommen betreffend die Konformitätsbewertung und die Anerkennung gewerblicher Produkte (ACAA) zu beschleunigen, sobald der Prozess der Angleichung der technischen Vorschriften, der Normen und der Infrastruktur Tunesiens an das Unionssystem abgeschlossen ist. Die EU ist der Ansicht, dass der Abschluss eines derartigen Abkommens, das den Zugang zu den jeweiligen Märkten erleichtert, sich nur positiv auf die von Tunesien ausgewählten vorrangigen Sektoren, wie z.B. Elektroerzeugnisse und Baustoffe, auswirken kann. Die EU begrüßt, dass Tunesien das Regionale Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln ratifiziert hat, und ersucht Tunesien, sich weiterhin an den laufenden Beratungen über die Überarbeitung der Ursprungsregeln im Rahmen des Übereinkommens zu beteiligen.
25. Die EU ersucht Tunesien, sich weiter aktiv am Europa-Mittelmeer-Dialog im Bereich der Textil- und Bekleidungsindustrie zu beteiligen.

## **Dimension Kontakte zwischen den Menschen**

26. Beim Thema Migration begrüßt die EU die baldige Wiederaufnahme der Beratungen im Hinblick auf die Umsetzung der gemeinsamen Erklärung zur Gründung einer Mobilitätspartnerschaft zwischen Tunesien und der EU und ihren Mitgliedstaaten, die am 3. März 2014 unterzeichnet wurde, und bekräftigt ihre Bereitschaft, Verhandlungen über Visaserleichterungen und über ein Rückübernahmeabkommen aufzunehmen. Sie verweist darauf, dass das Ziel dieser Partnerschaft darin liegt, der EU, Tunesien und den betroffenen Mitgliedstaaten dabei zu helfen, gemeinsam, global und ausgewogen auf alle Aspekte des Phänomens Migration zu reagieren, und den Bürgern und Behörden beider Parteien echte Chancen im Hinblick darauf zu bieten, dass die Nutzung der rechtmäßigen Kanäle der Migration und der Mobilität, die Verknüpfung zwischen Migration und Entwicklung und der Schutz der Asylbewerber und Flüchtlinge sowie der Rechte aller Migranten gefördert werden. In diesem Zusammenhang fordert die EU Tunesien auf, einen Rechtsrahmen zu erlassen, mit dem der Schutz dieser drei Personenkategorien gewährleistet wird.
27. Die EU möchte ihren Austausch mit Tunesien in den Bereichen Hochschulbildung und Forschung vertiefen und begrüßt das diesbezügliche Engagement Tunesiens. Sie befürwortet den Antrag der tunesischen Regierung auf Einbeziehung Tunesiens in das Forschungsrahmenprogramm "Horizont 2020" und möchte diesen Antrag so schnell wie möglich prüfen. In diesem Zusammenhang verweist die EU auf die Bedeutung des Abkommens über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit Tunesien, das im Jahr 2013 positiv bewertet wurde und einen wertvollen Rahmen für die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Tunesien und der Europäischen Union bietet. Sie bekräftigt auch, dass sie bereit ist, die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Tunesien im regionalen Kontext fortzusetzen und auszubauen, insbesondere durch Unterstützung der Initiative "PRIMA" zur Neubelebung der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum. Sie legt den tunesischen Behörden und Akteuren auch nahe, das neue Programm Erasmus+ in den Bereichen Hochschulbildung und Jugend in vollem Umfang zu nutzen, und ist bereit, entsprechende Unterstützungsmaßnahmen zu prüfen.

## Dimension der nachhaltigen Entwicklung

28. Die EU begrüßt die Fortschritte im Bereich der Informationsgesellschaft, insbesondere die Fertigstellung des nationalen Strategieplans "Digitales Tunesien 2018", der darauf abzielt, Tunesien zu einem Aufnahmeland für Aktivitäten im digitalen Bereich zu machen und somit Arbeitsplätze zu schaffen, sowie die Fortschritte auf dem Gebiet der Forschung und Innovation, insbesondere die Abkommen, die mit anerkannten internationalen Stellen oder Einrichtungen geschlossen wurden. Zudem begrüßt die EU den Abschluss des Abkommens über die Validierung europäischer Patente mit Tunesien, das Anmeldern und Inhabern europäischer Patente den Zugang zum Patentschutz in Tunesien erleichtern soll.
29. Die Entscheidung Tunesiens für eine "grüne" Wirtschaft und die Aufnahme mehrerer Kapitel über Naturschutz und nachhaltige Entwicklung in die Verfassung zeugen von einem Engagement, das die EU auch begleiten möchte. Auf Grundlage der Artikel über Naturschutz und nachhaltige Entwicklung in der neuen Verfassung und der Empfehlungen, die im Rahmen der im Juni 2014 ausgelaufenen Partnerschaft für institutionelle Unterstützung in den Bereichen Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung ausgesprochen wurden, legt die EU Tunesien nahe, strengere Standards anzunehmen, insbesondere in Bezug auf die legislativen und institutionellen Aspekte. Sie fordert Tunesien ferner auf, Maßnahmen zur Verbesserung der Abfallbewirtschaftung anzunehmen und die Integration der Kreislaufwirtschaft und der Umweltdimension in die vorrangigen Sektoren wie Landwirtschaft, Verkehr, Tourismus und Industrie zu fördern. Sie begrüßt die Beteiligung Tunesiens an regionalen Initiativen, insbesondere am Projekt zur Bekämpfung der Mittelmeerverschmutzung und zur integrierten Wasserbewirtschaftung.

30. Die EU begrüßt die Durchführung der nationalen Debatte über Energiefragen, die im Juni 2014 endete und der Regierung ermöglicht hat, eine neue Vision für den mittel- und langfristigen Energiemix Tunesiens zu entwerfen und eine neue Strategie für das Energiemanagement auszuarbeiten. Sie verfolgt mit Interesse die Fertigstellung der nationalen Klimastrategie und erinnert daran, wie wichtig es ist, dass Tunesien sich zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2020 verpflichtet. Die EU hält Tunesien zudem dazu an, bis zum ersten Quartal 2015 seinen Beitrag zur Minderung der Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten, der in das neue weltweit geltende Klimaschutzübereinkommen einfließen sollte. Sie begrüßt im Übrigen, dass Tunesien weiter an der Entwicklung geeigneter Klimaschutzmaßnahmen auf nationaler Ebene sowie an der Verbesserung seines Systems zur Überwachung und Überprüfung der Treibhausgasemissionen gearbeitet hat.

### **Finanzmittel für die Verwirklichung der Ziele der privilegierten Partnerschaft**

31. Während des gesamten Übergangszeitraums hat die EU ihr beträchtliches finanzielles Engagement in Tunesien fortgesetzt und allein für das Jahr 2014 im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI) Zuschüsse in Höhe von insgesamt 200 Mio. EUR bereitgestellt. Dieser Betrag umfasst 50 Mio. EUR aus dem "Rahmenprogramm", mit dem EU die Anstrengungen ihrer Partner in der Nachbarschaft bei den demokratischen Reformen honoriert. Von den Ländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik hat Tunesien mit Abstand den höchsten Betrag aus den Mehrländer-Rahmenprogrammen erhalten, nämlich ein Viertel des Haushalts dieses Programms.

32. Die Unterstützung der EU im Zeitraum 2014-2015 erstreckt sich auf die drei Schwerpunktbereiche, die im Rahmen der strategischen Programmplanung festgelegt wurden: sozioökonomische Reformen für inklusives Wachstum, Festigung der Grundpfeiler der Demokratie und nachhaltige regionale und lokale Entwicklung. Die EU bekräftigt ferner, dass sie den Übergangsprozess in Tunesien weiterhin politisch und finanziell unterstützen will, in Abhängigkeit von den erzielten Fortschritten und den von der neuen Regierung ausgemachten Bedürfnissen und Prioritäten.

Im Mai 2014 hat die EU zudem eine Makro-Finanzhilfe gebilligt, die einen Umfang von bis zu 300 Mio. EUR in Form von Darlehen in Tranchen von 100 Millionen erreichen könnte. Die Auszahlung dieser Hilfe ist an das Inkrafttreten der Darlehenspapiere, die ordnungsgemäße Durchführung des Programms mit dem IWF und den Abschluss der im Rahmen der Darlehensvereinbarung mit der EU vereinbarten Reformen gebunden.

33. Die EU hat sich verpflichtet, mit Tunesien künftige Programme festzulegen, und zwar im Einklang mit den sektorspezifischen Strategien und Aktionsplänen, die die neue Regierung im Laufe des Jahres 2015 ausarbeiten muss. 2015 will sie die Reform des Sicherheitssektors, den Sektor der beruflichen Bildung und die Verwaltung der öffentlichen Finanzen im Interesse einer verstärkten öffentlichen wirtschaftspolitischen Steuerung unterstützen.

### ***Regionale Herausforderungen***

34. Ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen ist die EU der Überzeugung, dass die regionale Integration im Maghreb entscheidend ist, wenn es darum geht, die Stabilität, die Sicherheit und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung effizient und nachhaltig voranzubringen. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Mitteilung vom 17. Dezember 2012 mit dem Titel "Unterstützung einer engeren Zusammenarbeit und der regionalen Integration im Maghreb: Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien" und würdigt die positive Rolle, die Tunesien dabei spielt.

35. Die EU erklärt, dass sie die konstruktive Rolle Tunesiens im regionalen Kontext, insbesondere seinen aktiven Beitrag zu den verschiedenen Initiativen der regionalen Zusammenarbeit, etwa zur Union für den Mittelmeerraum und zum 5+5- Dialog, unterstützt.
36. Die EU ist nach wie vor äußerst besorgt über die politische und sicherheitspolitische Krise in Libyen, die weitreichende Folgen in Tunesien und Auswirkungen in mehreren Ländern der Sahelzone hat. Den Nachbarländern Libyens fällt eine wesentliche Rolle zu, denn sie müssen dazu beitragen, die Parteien an den Verhandlungstisch zu holen, da die Libyer nur durch Dialog eine dauerhafte Lösung für den Konflikt finden können. Die EU bekräftigt, dass sie die Vereinten Nationen uneingeschränkt unterstützt, und ist bereit, den Prozess zu begleiten, sobald eine Einigung erzielt worden ist.
-

**ASSOCIATION  
ENTRE  
L'UNION EUROPÉENNE  
ET LA TUNISIE**

**Bruxelles, le 11 mars 2015**

**- Le Conseil d'Association -**

**UE-TU 2601/15**

**ORDRE DU JOUR PROVISOIRE**

---

du : La onzième session du Conseil d'Association UE-Tunisie  
en date du : 17 mars 2015  
à : Bruxelles

---

1. Adoption de l'ordre du jour.
2. Adoption du compte rendu de la dixième session du Conseil d'association UE-Tunisie.
3. Adoption de la recommandation sur la mise en œuvre du Plan d'action 2013-2017.
4. Situation en Tunisie et dans l'Union européenne.
5. Partenariat Privilégié : état des relations UE-Tunisie, leur renforcement et perspectives.
6. Dialogue politique sur des sujets d'intérêt commun<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Point traité dans la partie informelle.